

## **Ö F F E N T L I C H E   N I E D E R S C H R I F T**

### **über die 11. Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung**

vom:           **05.05.2022**

von:           **17:00 Uhr**

bis:            **18:00 Uhr**

Ort:            **Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7,  
57078 Siegen, Großer Sitzungssaal**

#### **Anwesend waren:**

##### Vom Ausschuss für Schule und Bildung:

Stv Kraft, Florian	- als Vorsitzender
Stv Bell, Achim	
Stv Bialowons-Sting, Eva-Marie	
Stv Eberlein, Birgit	vertritt AM Flohren, Angelika
AM Hagen, Eva	
AM Heupel, Michael	
AM Hörnberger, Kevin-Lee	
AM Langemeyer, Susanne	
AM Nüßing, Elisabeth	
Stv Patt, Alexander	
Stv Pfeifer, Joachim	
Stv Pflogsch, Teresa Elisabeth	
AM Schloos, Ulrich	
Stv Thimm, Heiko	
AM Weber, Frank	
Stv Wittenburg, Samuel	

##### Beratende Mitglieder:

AM Göckus, Ernst  
IntRM Lübke, Lada

Von der Verwaltung:

Dezernent Schmidt

VA Uhr

VA Mockenhaupt

- als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

AM Flohren, Angelika

wird vertreten durch Stv Eberlein

Stv Six, Annette

**A.      ÖFFENTLICHE SITZUNG**

Vor Eintritt in die Tagesordnung informiert Herr Kraft über die aktuelle Corona-Regelung.

**1.      Hinweise zu Niederschriften**

**1.1      Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 25.01.2022**

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

**11. AfSuB 05.05.2022**

**1.2      Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 08.03.2022**

Die Niederschrift liegt noch nicht vor.

**11. AfSuB 05.05.2022**

**2.      Fragestunde**

Es liegen keine Anfragen vor.

**11. AfSuB 05.05.2022**

**3.      Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung**

Es liegen keine Anträge vor.

**11. AfSuB 05.05.2022**

#### **4. Bericht zu den Schutzmaßnahmen und Auswirkungen der Corona- Pandemie für die Schulen der Universitätsstadt Siegen - mündlicher Bericht**

⇒ *Die Präsentation wurde den Ausschussmitgliedern bereits vorab zur Verfügung gestellt.*

Aufgrund der geringen Veränderungen im Schulbereich und der derzeitigen Corona- Situation fragt Herr Kraft, ob der Tagesordnungspunkt nach wie vor als genereller Tagesordnungspunkt auf der Tagesordnung des Ausschusses für Schule und Bildung des Rates der Universitätsstadt Siegen verbleiben müsse oder ob es ausreichend sei, diesen bei Bedarf aufzunehmen bzw. unter Verschiedenes zu berichten. Sollte sich eine neue grundlegende Entwicklung ergeben, könnte der Tagesordnungspunkt wieder aufgenommen werden.

Herr Wittenburg schlägt vor, vor dem Herbst dieses Jahres einen Ausblick auf die Vorbereitungen zu erhalten, was ab Herbst auf einen zukommen könnte.

⇒ *Der Ausschuss für Schule und Bildung des Rates der Universitätsstadt Siegen nimmt den Bericht zu den Schutzmaßnahmen und Auswirkungen der Corona- Pandemie für die Schulen der Universitätsstadt Siegen zur Kenntnis.*

**11. AfSuB 05.05.2022**

#### **5. Bericht zur Beschulung der Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine - mündlicher Bericht**

Da dieser Bericht erstmals gegeben werde, sei der Bericht nicht vorab ins Ratsinformationssystem eingestellt worden, so Herr Dezernent Schmidt. Sollte die Entwicklung dies notwendig machen, werde man zukünftig im Rahmen eines regelmäßigen Tagesordnungspunktes berichten und die Präsentation bereits vorab einstellen.

Anhand der Präsentation informiert Herr Dezernent Schmidt über

- ❖ Aktuelles zur Aufnahme von Ukraine- Flüchtlingen in der Universitätsstadt Siegen
- ❖ Schulpflicht der ukrainischen Kinder u. Jugendlichen
- ❖ Schuleingangsuntersuchung
- ❖ Infektionsschutz
- ❖ Beschulung neu zugewanderter Kinder und Jugendlicher
- ❖ Organisationsformen der Beschulung
- ❖ Schulpflichtige in Siegen

Zu den Aufnahmezahlen führt er auf, seit Kriegsbeginn seien 937 Ukrainer aufgenommen worden. Zugewiesen worden seien nur 50 Personen. Der Vergleich mit dem bisherigen stärksten Aufnahmejahr 2015, in dem im gesamten Jahr 1300 Menschen aufgenommen worden seien, mache die Mammutaufgabe und die Herausforderung deutlich.

Die derzeitige FlüAG- Quote betrage 104 %. Aufgenommen würden derzeit noch Ortskräfte aus Afghanistan. Hinzu kämen noch Personen mit Wohnsitzauflage in Siegen, die eine Blei-

beberechtigung für 3 Jahren hätten. Hier liege die Quote derzeit bei 200 %, in diesem Bereich seien 2400 Menschen aufgenommen worden.

Diese Herausforderungen träfen auch auf den Schulbereich zu. Von den geflüchteten Menschen aus der Ukraine beträfen 250 Kinder potentiell den Schulbereich. Von diesen sei ca. die Hälfte an den Schulen angemeldet. Derzeit weise man auf die Schulpflicht hin, sehe aber von der Verfolgung der Schulpflicht ab. Wichtig zu wissen sei, dass die Schulen bereit seien die Schüler aufzunehmen und zu integrieren und man als Schulträger dies unterstütze.

⇒ *Die Präsentation ist der Druckversion der Niederschrift als Anlage beigelegt. Im elektronischen Dokument ist sie unter dem entsprechenden Punkt zu sehen.*

Er frage, wie die Schulen dies qualitativ bewerteten und erkundige sich nach Erkenntnissen aus den Schulen, ob hinsichtlich der ukrainischen Schüler mittel- oder langfristig noch Hilfen erforderlich seien, so Herr Wittenburg.

Frau Uhr beantwortet die Frage von Herr Thimm, dass sich die Zahlen der Schulpflichtigen auf Schulen in städtischer Trägerschaft beziehen.

Herr Schloos dankt der Verwaltung, deutlich über das vorgesehene Maß hinaus zu gehen und die Universitätsstadt als aufnahmefreundliche Stadt zu positionieren. Er weist die Schulleitungen darauf hin, dass es Angebote „Deutsch für Erwachsene“ gebe, für den Fall, dass danach gefragt werde.

Herr Kraft berichtet über Erfahrungen aus Freudenberg. Weitgehend funktioniere es gut, wobei die Sprachbarriere das größere Problem darstelle. Es gebe aber auch eine Vielzahl von Jugendlichen, die sehr gut Englisch sprechen. Viele seien sehr leistungsstark, so dass man derzeit klären müsse, ob dies jahrgangsweise passe oder ob dort noch Anpassungen vorgenommen werden müssten.

⇒ *Der Ausschuss für Schule und Bildung des Rates der Universitätsstadt Siegen nimmt den Bericht zur Beschulung der Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine zur Kenntnis*

**11. AfSuB 05.05.2022**

## **6. Anmeldeverfahren an der Hauptschule, den Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen für das Schuljahr 2022/2023**

Vorlage Nr. VL 879/2022

Ergänzend zur Vorlage weist Herr Dezernent Schmidt darauf hin, dass das Verfahren bei einigen Schulen noch nicht abgeschlossen sei. Bei Interesse, könne man die derzeitigen Anmeldezahlen zur Niederschrift geben oder bei der Schulverwaltung erfragen. Mit der Schulstatistik nach der Sommerpause würden die endgültigen Zahlen vorgelegt.

Überraschungen gebe es keine, aber anmerken solle man, dass das FJM- Gymnasium im Unterschied dazu, was vorgesehen gewesen sei, nunmehr einen vierten Zug bilden werde, so Herr Kraft.

Auf die kritische Frage von Frau Bialowons-Sting, warum an Siegener Gesamtschulen auch aus Kreuztal und Freudenberg Schüler aufgenommen werden sollten, obwohl dort eigene Gesamtschulen vorhanden seien und die Freudenberger Gesamtschule noch Aufnahmekapazitäten habe, antwortet Herr Dezernent Schmidt, dass es einen entsprechenden Beschluss nach § 46 SchulG, anders als bei den Gymnasien, für die Gesamtschulen nicht gebe.

Herr Kraft informiert, der Siegener Westen tendiere stark nach Freudenberg, so dass es auch Schnittmengen gebe.

Unter dem Punkt Hauptschule werde im zweiten Absatz darauf hingewiesen, dass der Klassenfrequenzrichtwert in der Hauptschule bei 24 bei einer Bandbreite von 18 bis 30 liege. Grundsätzlich sei dies richtig, bei inklusiven Klassen betrage jedoch der Höchstwert 25 bei einer Bandbreite von 12 bis 25. Dies bedeute, dass nach § 82 (3) SchulG NW eine Hauptschule auch einzügig mit 12 Schülern geführt werden könne, so Herr Henrich. Er betone die Wichtigkeit dieser Möglichkeit, da das Weiterführen einer Hauptschule mit einer Klasse pro Jahrgang möglich sei, wenn der Rat dies wolle.

⇒ *Der Ausschuss für Schule und Bildung nimmt das Anmeldeverfahren der städtischen Hauptschule, Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen für das Schuljahr 2022/2023 und die Bildung von Eingangsklassen zur Kenntnis.*

11. AfSuB 05.05.2022

## 7. Prüfbericht zur möglichen Errichtung einer vierten Gesamtschule

Vorlage Nr. VL 885/2022

### **Prüfbericht zur möglichen Errichtung einer vierten Gesamtschule - Antrag der CDU- Fraktion, SPD- Fraktion, Bündnis 80 und Volt- Fraktion**

Vorlage Nr. AT 191/2022

### **Prüfbericht zur möglichen Errichtung einer vierten Gesamtschule - Antrag der Fraktionen FDP, UWG und GfS**

Herr Dezernent Schmidt betont, politischer Auftrag sei die Prüfung gewesen, ob eine weitere vierte Gesamtschule in Siegen möglich sei mit den Aspekten der Auswirkungen auf die Schullandschaft, die Frage der Schulstandorte und der Räumlichkeiten. Eine Aussage, was das Richtige sei, sei nicht Gegenstand des Auftrages gewesen. Es gehe um eine schulpolitische Entscheidung, deren Beschlüsse die Verwaltung umsetzen müsse. Um eine solche treffen zu können, habe die Verwaltung zu informieren, insofern enthalte die Vorlage keinen Beschlussvorschlag. Die Schulverwaltung sehe positive Aspekte in einer vierten Gesamtschule, aber als Schulträger habe die Verwaltung nicht über pädagogische Konzepte, Förderkonzepte

te oder Schulformen zu entscheiden, sondern habe sicherzustellen, dass jedes Kind einen Schulplatz erhalte und über das Elternwahlverhalten, die Entwicklung einzelner Schulen, die Schulstandorte und deren Räumlichkeiten zu informieren. Die Zusammensetzung und das Zustandekommen der Schülerschaft habe die Verwaltung nicht zu bewerten.

Bereits bei der Schließung des PPR habe man mit der Entscheidung „hinterhergehinkt“. Die Verwaltung bitte um eine Entscheidung, da die seit einigen Jahren bestehende Situation für alle Beteiligten unbefriedigend sei und damit Klarheit bestehe welches Schulangebot in Siegen vorgehalten werde. Der Ausschuss für Schule und Bildung bzw. der Rat müsse die Grundsatzentscheidung zur formalen Errichtung einer Gesamtschule treffen.

Herr Pfeifer nimmt für die SPD- Fraktion wie folgt Stellung:

Betrachtet man die Anmeldezahlen bleibt nur der Schluss: Das gegliederte Schulsystem ist praktisch abgewählt. Es entspricht nicht mehr den Wünschen und Bedürfnissen unserer Gesellschaft. Die Eltern wünschen das Gymnasium und neben dem Gymnasium ein integratives System mit Ganzttag, also ein Schulsystem mit 2 Säulen.

Alle Kinder gehen in eine Schule. Sie werden gemeinsam in einer Schule nach Begabung unterrichtet und gefördert. Sie sind alle zusammen in einem Gebäude. Das ist Teilhabe aller. Alle Abschlüsse sind möglich, HS, RS und das Abitur – offen für alle möglichen Abschlüsse. Das ist der Anspruchsstandard unserer heutigen Gesellschaft.

Weg von sozialer Selektivität durch Schule. Hin zu Heterogenität in der Schule. Weil: Davon profitieren insbesondere leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler -sozial und auch kognitiv. (Hinweis auf die Hattie-Studie)

Integration ist das Gebot unserer Zeit. Unsere Gesellschaft ist sensibel geworden für Ausgrenzung, auch wenn sie der Förderung dienen soll.

Und - die Zahlen hier in Siegen zeigen diese Tendenz, die ja landesweit zu beobachten ist. (5 Bundesländer - Zweisäulensystem). (Bayern selektieren noch nach drei Stufen)

Das heißt für uns: Unsere Schulentwicklungspolitik muss sich dieser Tatsache stellen. Die Verwaltungsvorlage macht deutlich: Es ist an der Zeit zu handeln – und das soll mit dem gemeinsamen Antrag auch geschehen.

Natürlich kollidieren da die Interessen der drei auslaufenden Schulen mit der Neuorientierung der Schulentwicklung hier in Siegen. Der Schnitt schmerzt.

Was ist mit unserer besonderen Förderleistung, was ist mit unserem besonderen Berufsbildungskonzept? Und die besondere pädagogische Leistung - wird das alles nicht anerkannt? Doch, das wird anerkannt – und soll in das Konzept der neuen Gesamtschule mit einfließen, es kann aber nicht der entscheidende Faktor einer politischen Entscheidung sein. Die Politik muss anerkennen, dass die Anmeldezahlen eine Entscheidung fordern. Und sie muss anerkennen, dass die Eltern mehr Integration, Ganzttag und offenen Bildungsabschluss wollen. Deshalb sind wir überzeugt, dass dieser Schritt zu einer 4. Gesamtschule richtig ist.

Zusammenfassend:

Siegens Schullandschaft erhält eine klare Struktur und wird damit planbar und berechenbar, und Eltern und Kinder erhalten ein modernes umfassendes Bildungsangebot mit Integration und Ganzttag.

**Herr Patt nimmt für die CDU-Fraktion Stellung:**

„Die CDU-Fraktion hat sich gemeinsam mit der SPD, den Grünen Volt auf einen Antrag zur Errichtung einer vierten Gesamtschule in der Stadt Siegen verständigt. Wir möchten ausdrücklich betonen, dass uns diese Entscheidung außerordentlich schwerfällt und lassen zugleich auch die kontroversen, fraktionsinternen Diskussionen nicht unerwähnt. Jedoch hat es für uns oberste Priorität, im Bereich der Schulentwicklungsplanung langfristige Planungssicherheit zu ermöglichen sowie dem mehrheitlichen Elternwillen zugunsten einer weiteren Gesamtschule Rechnung zu tragen. Ebenso möchten wir betonen, dass wir auch weiterhin ein besonderes Augenmerk auf die Begleitung vergleichsweise lernschwacher Schülerinnen und Schüler legen, um ihnen eine bestmögliche, auf sie und ihre spezifischen Bedürfnisse ausgerichtete Förderung zukommen zu lassen.“

Die FDP- Fraktion befinde sich nicht auf dem Antrag der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/ Die Grünen sowie der Volt-Fraktion, so Herr Hörnberger. Er begründet, warum keine Beteiligung der FDP erfolgt und weist darauf hin, dass für die FDP, UWG sowie die GfS- Fraktion ein eigener Antrag gestellt werde.

Hier gehe es um die Vorbereitung einer Entscheidung, die die Schullandschaft für die nächsten Jahrzehnte verändere, wenn nicht sogar zerstöre. Das dreigliedrige Schulsystem habe unsere Gesellschaft aufgebaut und stark gemacht. Mittelständige Unternehmen seien entstanden, die immer ihre Fachkräfte aus dem dreigliedrigen System bezogen hätten. Es stimme, dass heutzutage der gesellschaftliche Eindruck bestehe, dass jeder eine Schule besuchen müsse, die zum Abitur führe. Haupt- und Realschulen stemmten sich jedoch erfolgreich dagegen. Die IHK habe zuletzt verlauten lassen, dass das dreigliedrige Schulsystem für die Wirtschaft enorm wichtig sei. Seiner Meinung nach sähen die Genehmigungsbehörden die angestellten Überlegungen kritisch.

Zu den Kapazitäten der vorhandenen drei Gesamtschulen führt er aus, der Standort Schießberg könne noch ausgebaut werden, auch bei der B-v-S- Gesamtschule sei durch ein Raumstraffungsprogramm noch Räume zu finden und seit Jahren suche man eine Lösung für den Teilstandort Am Hengsberg der Gesamtschule Eiserfeld, um die dort noch befindlichen Grundschulklassen zu verlegen. Auch dadurch ergäben sich noch Unterrichtsräume. Die Realschulen hätten ihre räumliche Situation erkannt und seien zum Handeln bereit. Dies bedeute keine Aufgabe der Schulform, sondern ein Wandel dieser Schule. Die Fraktionen FDP, UWG und GfS legten einen Antrag vor, der den Schulleitungen entspreche, der IHK und den Arbeitgebern zusage und dem Wunsch der Eltern entspreche, die ihre Kinder an diesen Schulen anmelden.

Die FDP sei der Auffassung, dass eine Schulentwicklungsplanung nicht nur für die Stadt Siegen alleine gemacht werden dürfe. Hätte man sich frühzeitig mit den Nachbarkommunen zusammengeschlossen, hätte dies möglicherweise nicht zu Sekundarschulen in Netphen und Burbach geführt.

Obwohl die Gesamtschule Am Schießberg seine Kapazität noch nicht ausgeschöpft habe, sollten zum jetzigen Zeitpunkt weitere Fakten geschaffen werden. Gymnasien mit 43 bis 45 Schülern in einer Oberstufe seien für die Wahlfreiheit der Kurse verheerend. Der Vorlage

nach sei bereits ein Shuttleservice zur Verbindung mehrerer Schulen geplant, so Herr Hörnberger.

Bereits im Zuge der Gründungen der derzeit vorhandenen Gesamtschulen seien Schulen geschlossen worden. Dies sei nunmehr erneut geplant. SPD und Verwaltung würden nicht müde darzulegen, dass es aufgrund eines guten Mischverhältnisses an Gesamtschulen eine Drittelung vorhanden sein müsse, aber woher kämen die Gymnasialkapazitäten. Es frage sich, ob die Antragsteller bereits planten, in einigen Jahren ein weiteres Gymnasium zu schließen. Die FDP könne dies nicht mittragen und appelliere an die CDU, ihren Markenkern nicht zu verraten. In diesem Zusammenhang zitiert Herr Hörnberger einen Facebook-Post des ehem. Vorstandmitgliedes zum Handwerk, in dem Haupt- und Realschulen speziell erwähnt worden seien.

Herr Wittenburg findet den Redebeitrag der FDP falsch. Von den Mehrheitsverhältnissen her, hätte man sich nicht am Antrag beteiligen müssen, aber die Volt- Fraktion wolle sich der Verantwortung stellen, da man es für die sachlich richtige Entscheidung halte. Er halte ein dreigliedriges System so gut wie das vorgeschlagene, in Siegen bestehe aber trotz guter Schulen das Problem, dass jedes Jahr die Anmeldezahlen dazu führten, nicht zu wissen, ob eine Schule weitergeführt werden könne. Entscheidungen müssten daher getroffen werden und erstmals habe man die Möglichkeit zu agieren und nicht zu reagieren.

Die Kommunikation jedoch sei zu kritisieren. Die Verwaltung habe die Entscheidung nicht treffen wollen, die Politik habe sie nicht treffen können. Nunmehr sei die Entscheidung durch die Presse und die Vorabkommunikation bereits getroffen worden, was er als Problem sehe. Dies dürfe nicht noch einmal passieren. Der Kommunikationsstil müsse reflektiert werden, damit es einen offenen Prüfauftrag gebe und man zu einer vernünftigen Entscheidung kommen könne. Einig sei man sich darüber, dass die an der Talentschule sowie an der Hauptschule Achenbach vorhandene Expertise in die Konzeptgruppe eingebracht werde, damit die neue Gesamtschule auch eine Schule für alle Kinder sei, die sich dort anmelden wollen.

Herr Bell nimmt für die UWG- Fraktion Stellung:

„Wir lehnen den Antrag zur Einrichtung einer Errichtung einer 4. Gesamtschule der unterzeichnenden Fraktionen ab.

Wir meinen sogar, dass mit der Umsetzung dieses Antrages eine Fehlentwicklung in der Siegener Schullandschaft auf den Weg gebracht wird.

Die vorhandenen 3 städtischen Gymnasien plus das Gymnasium eines kirchlichen Trägers, sowie drei Gesamtschulen erscheinen der UWG für das Vorhalten eines dreigliedrigen Schulsystems (also mit Realschulen und Hauptschule) als ausreichend. Es zeigt sich zudem, dass die neueste Gesamtschule immer wieder ihren Anmeldezeitraum verlängern muss, um ausreichend Schüler aufzunehmen.

Durch das Auslaufen der beiden Realschulen (An der Morgenröthe und Am Oberen Schloss, hier zudem in besonderer Verantwortung als Talentschule) mit dem Ziel sie dann nicht mehr vorzuhalten und in besonderem Maß auch die einzig verbliebenen Hauptschule das gleiche Schicksal erleiden zu lassen fällt das dreigliedrige Schulsystem in Siegen fort. Eine Zweigliedrigkeit wird die schulische Zukunft in Siegen werden.

Wir als UWG sind keine prinzipiellen Gegner von Ganztagschulen. Wir wollen aber keine gut funktionierenden Schulen wegfallen lassen, um nun noch eine 4. Gesamtschule zu errichten. Ich möchte hier an die Situation von vor 30 Jahren erinnern, als das Ganztagsgymnasium wegfallen musste, um eine Gesamtschule zu errichten.

Diese 4. Gesamtschule soll jetzt noch von ausschließlich Siegener Schülern besucht werden, später aber sicherlich geöffnet werden für ein kreisweites Einzugsgebiet in der Trägerschaft (gleich Kostenträger) der Stadt Siegen.

Nicht nachvollziehbar ist für mich ebenfalls, dass weder ein Elternvotum einholt wurde, noch die Hinweise von Ausbildungsbetrieben gehört wurden, die sehr zufrieden mit der Ausbildungsqualität von Realschulen und Hauptschule sind.“

Kritisch merkt Frau Bialowons- Sting an, Ministerpräsident Wüst habe sich im April noch für die Hauptschulen ausgesprochen. Es sei nicht nachvollziehbar, dass nunmehr CDU- Mitglieder dagegen sprechen und Haupt- und Realschulen abschaffen.

Frau Nüßing sieht keinen Widerspruch zwischen Gesamtschule und Absolventen der Realschule, da die Schule konzeptionell so angelegt werden sollte, dass man aus den Erfahrungen der Haupt- und Realschulen profitiere und die Berufsbildung in das richtige Licht rücke. Durch die Schließung des PPR verfüge man über entsprechendes „Schülerkapital“ für die Gymnasialkapazitäten. Aufgrund des Elternwillens, der Ablehnungszahlen an den bisherigen Gesamtschulen und der Studienlage, die für das gemeinsame Lernen spreche, sei der Antrag zu unterstützen. Ihre Fraktion wolle anstreben, keine dauerhaften Teilstandorte zu belassen, sondern perspektivisch die Schule an einem Standort unterzubringen.

Gehe es nach der OSZE müsse es mit der Integration noch weiter gehen, so Herr Schloos. Nach deren Meinung seien selektive Systeme weniger leistungsfähig als integrative. Den Antrag der vier Fraktionen lehne die Fraktion Die Linke dennoch aus pädagogischen Gründen wegen der Auswirkungen für die Realschule Am Oberen Schloss als Talentschule und der Hauptschule Achenbach ab, obwohl man eigentlich bildungspolitisch für integrative Systeme sei.

Man habe den Eindruck, dass die beiden Schulen in der Schulverwaltung nicht gehört würden. Er habe die Enttäuschung und den Frust gehört, dass man nicht zur Teilnahme an den weitreichenden Veränderungen der Siegener Schullandschaft und ihrer beruflichen Situation eingeladen worden sei. Beide Schulen seien gut ausgestattet für individuelle Förderung. Ohne gute Beziehungen nehme die pädagogische Förderung Schaden. Die Fragen der betroffenen Lehrerschaft nach ihren künftigen Bedingungen seien nach seinem Kenntnisstand unbeantwortet geblieben. Wenn diese sich übergangen fühlten, würden die engagierten Lehrer- und Lehrerinnen gehen und mit ihnen ihre Expertise. Den Schaden hätte die Schülerschaft.

In die Perspektive der Lehrerschaft könne er sich hineinversetzen und es sei nachvollziehbar, dass ein solcher Wandel mit Problemen und persönlichen Veränderungen verbunden sei, so Herr Kraft. Der Antrag sei aber keine Kritik an den bestehenden Schulen, die eine gute Arbeit leisteten. Entscheidend sei der gesamte Blick auf die Schullandschaft, es gehe darum, die Struktur neu aufzustellen. Was die berufliche Orientierung angeht, könne diese auch durch die Gesamtschulen geleistet werden.

Obwohl immer die gute Arbeit der Schulen benannt wurde, sei daraus keine Konsequenz für den Erhalt der Schulen erfolgt, so Herr Henrichs. Die Entscheidung sei aus ideologischen Gründen bereits gefallen. Von einigen Fraktionen habe man eine solche Entscheidung erwartet, eine Fraktion habe überrascht und eine, von der man es nicht erwartet hätte, hätte zugehört und beteilige sich nicht an dem Antrag. Es sei den Schulen nahegelegt worden, ihre gute Expertise und das pädagogische Engagement in die neue Schule einzubringen. Aus Erfahrung wisse man jedoch, dass die Vorzüge „kleiner Systeme“, wie gute Personalausstattung, kleine Klassen, persönliche Beziehungen, zahlreiche Projekte und guten Kooperationen nicht auf eine große Gesamtschule mit großen Klassen, wenig Klassenlehrerstunden und dem Blick auf die Oberstufe und damit die leistungsstarken Schüler übertragen und aufgefangen werden könne. Gesamtschulen seien darauf ausgelegt, viele Schüler zum Abitur zu führen, so dass er seine Sorge betone, dass die „Schwächsten“ künftig unberücksichtigt bleiben und frage, wo die benötigten Arbeiter und Fachkräfte herkommen sollten. Er plädiert für den Erhalt des gegliederten Systems und thematisiert auch die Möglichkeit, die Zügigkeit an den bestehenden Gesamtschulen zu erhöhen.

Herr Engelbert schließt sich den Ausführungen von Herrn Henrichs und Frau Bialowons-Sting an und nimmt zu den Ausführungen der jeweiligen Fraktionen Stellung.

Herrn Jüngst stört der Blickwinkel auf die vierte Gesamtschule. Ideologische Grabenkämpfe aus der Vergangenheit seien für ihn unverständlich. Die Bedenken der betroffenen Schulen seien verständlich, aber ihm fehle in den Ausführungen der Blickwinkel der Eltern und der Schüler, die sich in hohem Maß für die Gesamtschulen entscheiden. Es gehe nicht darum, ob die Lehrerschaft an einer Schulform bleiben wolle, dafür sei die Bezirksregierung zuständig. Es solle jedoch darüber nachgedacht werden, ob man die vierte Gesamtschule an zwei Standorten gründe.

Frau Lütz setzt sich für die Schülerschaft mit Förderbedarf ein. Man müsse an die Schüler denken, die zieldifferent beschult werden. Es handele sich um die Schüler mit dem Förderbedarf „Lernen“ oder „geistige Entwicklung“. Die förderpädagogischen Schulen suchten nach Wegen und Lernorten, wo die Kinder am besten gefördert werden könnten. Dafür werde die Vielfalt benötigt.

Herr Patt macht deutlich, die Aussage des Ministerpräsidenten unterschreibe er, jedoch sei diese nicht auf die Siegerner Situation bezogen, sondern eine allgemeine Aussage für das Land NRW. Sehe man die Anmeldezahlen und den Elternwillen, müsse man die Situation so sehen wie sie sich darstelle. Zu Frau Bialowons-Sting merkt er an, im Ausschuss versuche er Entscheidungen zu treffen, die langfristig Bestand haben können und betreibe keinen Wahlkampf.

Es gehe ihm um das pädagogische Herzblut, was er an den Schulen wahrgenommen habe und nicht darum, das dreigliedrige System zu konservieren, so Herr Schloos.

Seine Fraktion wolle eine für Siegen sachlich richtige Entscheidung treffen und keine aus einer Ideologie heraus, so Herr Wittenburg. Nach den Prognosen der Schulverwaltung könne entgegen den Ausführungen von Herrn Hörnberger die vierte Gesamtschule den höchsten Prozent an Gymnasialempfehlungen erwarten. Darüber hinaus müsse mit Bedacht werden,

dass der Erhalt der Hauptschule nicht dazu führen werde, dass alle entlassenen Schüler einen Ausbildungsplatz erhalten. In der Tendenz werde dies mit Hauptschulabschluss immer schwieriger. § 82 (3) SchulG NW enthalte zwar die Regelung, eine Hauptschule könne mit einer Klasse pro Jahrgang fortgeführt werden, aber auch die Regelung, dass die Aufgabe nicht von einer anderen Schule übernommen werden könne und dass in diesem Fall der Unterricht gemeinsam mit anderen Schulen sicherzustellen sei. Die Hauptschule könne somit nicht einzügig weitergeführt werden, womit man sich weitere Probleme schaffe.

Eine Schulträgerberatung habe man in Anspruch genommen, eine Stellungnahme habe Arnsberg nicht abgegeben. Alles was dort besprochen worden sei, sei in die Verwaltungsvorlage eingeflossen, so Herr Dezernent Schmidt.

Nach den von ihnen eingeholten Informationen sehe die Bezirksregierung Arnsberg die Siegener Pläne mit einer siebten Oberstufe kritisch und empfehle, zunächst über Zügigkeitserweiterungen und Baumaßnahmen an den vorhandenen Gesamtschulen nachzudenken, so Herr Hörnberger. Zum Tagesordnungspunkt beantragt er für die Fraktionen FDP, UWG und GfS:

1. Die Realschule auf der Morgenröthe und die Realschule am Oberen Schloss werden am Schulstandort Rosterberg zu einer fünfzügigen Realschule der Universitätsstadt Siegen zusammengelegt (Die Realschule auf der Morgenröthe zieht sofort ein und die neuen Jahrgänge werden dort gebildet oder beide Realschulen ziehen sofort ein. Das Verfahren soll mit den Schulen abgesprochen werden und richtet sich nach den Kapazitäten durch das Auslaufen des PPR)
2. Die Zügigkeit der Gymnasien wird auf 11 festgesetzt. Für das Gymnasium am Löhrtor wird der Teilstandort Spandauer Grundschule/ Rot-Weiß-Schule (natürlich nach dem anstehenden Umzug in das Gebäude am Häusling) geprüft, um den notwendigen Platz zu schaffen.
3. Der Schulstandort Oberes Schloss wird zur Veräußerung freigegeben bzw. als Schulstandort aufgegeben. Hierdurch soll gerade in der Oberstadt der Verkehrsfluss verbessert werden und im Sinne der Anwohner eine ruhigere Nutzung als durch eine Realschule gefunden werden.
4. Die Hauptschule Achenbach bleibt bestehen.
5. Es wird eine Prüfung und Kostenschätzung zur Zügigkeitserweiterung an den bestehenden Gesamtschulen durchgeführt.

Herr Engelbert hält auch eine Zusammenlegung der beiden Realschulen für eine Option.

Herr Kraft fasst zusammen, dass nunmehr der Antrag der CDU- Fraktion, SPD- Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen und Volt- Fraktion sowie der Antrag der Fraktionen FDP, UWG und GfS vorliegen und stellt fest, dass der Antrag der vier Fraktionen der weitergehende Antrag darstellt. Dieser wird zuerst zur Abstimmung gestellt.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Bildung der Universitätsstadt Siegen beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beschlussfassung und Antragsstellung zur Errichtung einer vierten Gesamtschule zum Schuljahr 2023/24 vorzubereiten und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen. Die neue Gesamtschule nimmt erstmalig im Jahr 2023 am Anmeldeverfahren für die 5. Klassen teil.
2. Als Standorte werden das aktuelle Gebäude des Peter-Paul-Rubens-Gymnasiums (Hauptstandort) sowie das Gebäude der Hauptschule Achenbacher Schule (Teilstandort) vorgesehen.
3. Die Hauptschule Achenbacher Schule sowie die Realschulen Auf der Morgenröthe und Am Oberen Schloss nehmen nicht mehr am Anmeldeverfahren für das Schuljahr 2023/24 teil und laufen von diesem Zeitpunkt an sukzessive aus. Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechende Beschlussfassung und Antragstellung ebenfalls dem Rat vorzulegen.

**Beratungsergebnis: 11 Stimmen dafür, 5 dagegen, 0 Enthaltung(en)**

### **Beschluss**

1. Die Realschule auf der Morgenröthe und die Realschule am Oberen Schloss werden am Schulstandort Rosterberg zu einer fünfzügigen Realschule der Universitätsstadt Siegen zusammengelegt. (Die Realschule auf der Morgenröthe zieht sofort ein und die neuen Jahrgänge werden dort gebildet. Oder beide Realschulen ziehen sofort ein. Das Verfahren soll mit den Schulen abgesprochen werden und richtet sich nach den Kapazitäten durch das Auslaufen des PPR).
2. Die Zügigkeit der Gymnasien wird auf 11 festgesetzt. Für das Gymnasium am Löhrtor wird der Teilstandort Spandauer Grundschule/ Rot-Weiß Schule (natürlich nach dem anstehenden Umzug in das Gebäude am Häusling) geprüft, um den notwendigen Platz zu schaffen.
3. Der Schulstandort Oberes Schloss wird zur Veräußerung freigegeben, bzw. als Schulstandort aufgegeben. Hierdurch soll gerade in der Oberstadt der Verkehrsfluss verbessert werden und im Sinne der Anwohner eine ruhigere Nutzung als durch eine Realschule gefunden werden.
4. Die Hauptschule Achenbach bleibt bestehen.
5. Es wird eine Prüfung und Kostenschätzung zur Zügigkeitserweiterung an den bestehenden Gesamtschulen durchgeführt.

### **Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung**

⇒ *Der Ausschuss für Schule und Bildung nimmt den Prüfbericht zur möglichen Errichtung einer vierten Gesamtschule zur Kenntnis.*

**11. AfSuB 05.05.2022**

gez. Kraft  
Vorsitzender

gez. Mockenhaupt  
Schriftführerin



# Schutzmaßnahmen und Auswirkungen der Corona - Pandemie für die Schulen der Universitätsstadt Siegen

Ausschuss für Schule und Bildung  
5. Mai 2022



## Pandemiebedingte Sonderaufgaben – ohne Zuständigkeit, aber in Verantwortung – des Schulträgers

- Sicherstellung der Transporte der sog. **Lolli-Tests** zu den Laboren
- **Beschaffung von FFP-2-Masken** für die Lehrkräfte und sonstiges Landespersonal an den städtischen Schulen
- **Beschaffung von Masken** für Betreuungskräfte an den städtischen Schulen

# Grundschulen und weiterführende Schulen

- Grundlage für den Schulbetrieb sind
  - die **Coronabetreuungsverordnung** (CoronaBetrVO) (mit Ablauf des 8. April 2022 außer Kraft getreten),
  - die **Coronaschutzverordnung** (CoronaSchVO),
  - die Vorgaben des MSB NRW (**Schulmails**)

# Schulbetrieb im Schuljahr 2021/2022 – Primarstufe und weiterführende Schulen

## Grundsätzlich inzidenzunabhängiger Schulbetrieb in Präsenz

- **Unterricht**
  - Unterricht in Präsenz
  - im Falle personeller Engpässe aufgrund der pandemischen Entwicklung können Schulleitungen nach eigenem Ermessen Entscheidungen über die Unterrichtsgestaltung treffen

# Schulbetrieb im Schuljahr 2021/2022 – Primarstufe und weiterführende Schulen

## Inzidenzunabhängiger Schulbetrieb in Präsenz

- **Betreuung**
  - Betreuungsangebote sollen möglichst regulär und in der Regel im vollen Umfang durchgeführt werden
  - im Zusammenhang mit pandemiebedingten Entscheidungen zur Unterrichtsgestaltung auch Anpassungen des zeitlichen Umfangs der Ganztags- und Betreuungsangebote

# Schulbetrieb im Schuljahr 2021/2022 – Primarstufe und weiterführende Schulen

## Inzidenzunabhängiger Schulbetrieb in Präsenz

- **Maskenpflicht**
  - ab Montag, 4. April 2022, galt keine Maskenpflicht mehr in den Innenräumen
- **Tests**
  - keine Wiederaufnahme anlassloser Tests nach den Osterferien



## Beschulung der Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine

Ausschuss für Schule und Bildung  
5. Mai 2022



# Aktuelle Informationen zur Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine in der Stadt Siegen

- Aufnahmezahlen
- Leistungsrechtliche und aufenthaltsrechtliche Regelungen
- Unterbringung und Wohnsituation

# Schulpflicht der ukrainischen Kinder u. Jugendlichen

- Grundsätzlich: Schulpflichtig ist nach § 34 Absatz 1 SchulG, wer in Nordrhein-Westfalen seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt oder seine Ausbildungs- oder Arbeitsstätte hat.
- Von dem Bestehen einer Schulpflicht ist in der Regel mit der Erteilung des Aufenthaltstitels nach § 24 Aufenthaltsgesetz und der damit einhergehenden Zuweisung an eine Kommune auszugehen, denn in der Regel wird erst dann ein Wohnsitz oder der gewöhnliche Aufenthalt in der Kommune begründet.

# Schulplatzsuche und Schulanmeldung

- **Grundschulen**
  - Schülerinnen und Schüler der Primarstufe werden möglichst an die zur Wohnadresse nächstgelegene Grundschule verwiesen. Für Anmeldetermine wird sich direkt an die jeweilige Grundschule gewandt.
- **weiterführende Schulen**
  - Unterstützung in Form von persönlicher Beratung und einer Schulplatzsuche erhalten die Familien über das Kommunale Integrationszentrum des Kreises Siegen-Wittgenstein.

# Grundsätzliche Fragen zum Schulbesuch

- **Fragen zum Schulbesuch**
  - Bei grundsätzlichen Fragen zum Schulbesuch oder erschöpften Aufnahmekapazitäten an der nächstgelegenen Grundschule steht die Schulverwaltung zur Verfügung.

# Schulgesundheitspflege

- **Schuleingangsuntersuchung**

- Schülerinnen und Schüler sind verpflichtet, sich in Reihenuntersuchungen schulärztlich untersuchen zu lassen. Hierzu zählt auch die Schuleingangsuntersuchung (§ 54 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 SchulG).
- Die Schulleitung informiert das zuständige Gesundheitsamt über die Ankunft neu zugewanderter Schülerinnen und Schüler, damit dieses die Schuleingangsuntersuchung baldmöglichst veranlassen kann.

# Infektionsschutz

- **Masernimpfung (§ 20 Abs. 8ff. Infektionsschutzgesetz)**
  - Schülerinnen und Schüler haben der Schulleitung vor Beginn der Beschulung einen Nachweis über den Masernschutz vorzulegen.
  - Wenn der Nachweis fehlt, müssen schulpflichtige Schülerinnen und Schüler jedoch unbeschadet dessen durch die Schule aufgenommen und dort beschult und betreut werden. -> Grundsatz: Schulpflicht geht vor Nachweispflicht.

# Beschulung

- **Beschulung neu zugewanderter Kinder und Jugendlicher**
  - Rechtslage: Runderlass Integration und Deutschförderung neu zugewanderter Schülerinnen und Schüler (BASS 13-63 Nr. 3)
  - Die Teilhabe und Integration von neu zugewanderten Schülerinnen und Schülern ist eine Aufgabe aller Schulformen, aller Schulen und jeweils der gesamten Schule unter Einbezug außerschulischer Partner.
  - Grundsätzlich: Neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler ohne Deutschkenntnisse werden vorübergehend ohne Zuordnung zu einem Bildungsgang beschult.

# Beschulung

- **Beschulung neu zugewanderter Kinder und Jugendlicher**
  - Der Erlass gilt für alle schulpflichtigen neu zugewanderten Kinder und Jugendliche,
    - die erstmals eine deutsche Schule besuchen und noch nicht über hinreichende Deutschkenntnisse verfügen, um dem Unterricht zu folgen, oder
    - die bei einem Wechsel der Schulstufe (Primarstufe/Sek. I; Sek. I/Sek. II) oder der Schule aufgrund ihrer kurzen Verweildauer in der abgebenden Schule die notwendigen Deutschkenntnisse noch nicht ausreichend haben erwerben können.

# Beschulung

- **Organisationsformen der Beschulung**
  - Deutschförderung in
    - innerer Differenzierung, also im Rahmen einer vollständigen Teilnahme am Regelunterricht,
    - in teilweise äußerer Differenzierung, also durch den Besuch einer eigenen Lerngruppe und der teilweisen Teilnahme am Regelunterricht oder
    - in vollständiger äußerer Differenzierung, also in eigenen Lerngruppen.

## Schulpflichtige in Siegen – Stand 28.04.2022

	Anzahl	davon angemeldet
Vorschulbereich *	23	5
Grundschulen	75	37
Weiterführende Schulen	146	59
Insgesamt	244	101

\*Schulanfängerkinder für die Schuljahre 2022/2023 und 2023/2024

**=> Aktuell kein Führen einer Warteliste für Schulplätze notwendig.**